

KERNPUNKTE

Dreigliederung des sozialen Organismus | Geisteswissenschaft | Zeitgeschehen



Pic – pixabay – Colin Behrens

INHALT

Volksabstimmung in der Schweiz vom 13. Februar 2022 Über die Bedrohung der Pressefreiheit durch die Presse <i>Béla Szoradi</i>	S. 1
Gibt es Eliten? – I. und II. – rt.	S. 5
Demokratiefehler: Politisierung von Wissenschaft Statements von Prof. Ehud Qimron, Senator Rand Paul Prof. Jordan Peterson, Prof. Dr. Dr. Martin Haditsch, Prof. Dr. Arne Burkhardt, Prof. Dr. Walter Lang Dr. Robert W. Malone, Ignatio Cassis, CH-Bundespräsident <i>Roland Tüscher</i>	S. 6
Orwell 2022 Ukraine – worüber es lohnt nachzudenken <i>Kai Ehlers</i>	S. 10
Wallstreet und der Aufstieg Hitlers – Buchbesprechung <i>Gerhardus Lang</i>	S. 12
Meldung – Proteste weiten sich aus: 370.000 auf der Straße, erste Bürgerdialoge	S. 13
«humanitas map» – Interview mit Samuel Riggenbach	S. 14
«Was ist Mehrheit?» – Leserbrief <i>Fionn Meier</i>	S. 15
An unsere Leser der Druckausgabe	S. 16

«Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien» – Volksabstimmung in der Schweiz vom 13. Februar 2022

Über die Bedrohung der Pressefreiheit durch die Presse

Béla Szoradi

Mitte März stimmen die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über eine gesetzliche Vorlage ab, mit welcher eine staatliche Förderung von Medien beschlossen werden soll. Es sollen «lokale und regionale Medien gestärkt werden» durch direkte und indirekte finanzielle Zuschüsse. Begründet werden diese Massnahmen damit, dass «immer mehr Zeitungen verschwinden und Privatradios aufgeben müssen.» Es bleibt in den Abstimmungsunterlagen unklar, ob die grossen Konzernmedien zumindest im Verhältnis deutlich mehr von diesen geplanten Subventionen profitieren werden als kleine Verlage und Online-Medien.

Das gegnerische Referendumskomitee macht gerade dies geltend: Es handle sich um eine «Verschleuderung von Steuergeldern, von der reiche Verlage profitieren». Sie würden durch eine solche Förderung zu ‘Staatsmedien’ werden, also «ihre Glaubwürdigkeit und Funktion als vierte Macht im Staat verlieren».

Diese Vorlage, die Diskussion über die staatliche Presseförderung, lenkt von einem grundsätzlichen Problem ab, das nicht nur der Schweiz, sondern allen westlichen Demokratien mit ihrem Anspruch auf Freiheitsrechte und Rechtsstaat inhärent sind.

Die mediale Begleitung der politischen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in den meisten Ländern Europas und Amerikas hat die Medien-Kritiker in ihrer Auffassung der Staatsnähe und Regierungsabhängigkeit weitgehend bestärkt. Massnahmengegner, Impfgegner und Pandemie-Skeptiker werfen Medien und Presse durchgehend vor, flächendeckend im Sinne der Regierungen zu berichten, deren flächendeckende Massnahmen wiederum im Sinne und Solde von Globalisten und Finanz- und Pharmaeliten verfügt werden. In dieser Kritik